

# Rentenvorbezug: Es bleibt bei den Kürzungssätzen der Regierung

Frührentenentzug wird erleichtert – Diskussion um Finanzierung und Rentenkürzung

Frohe Kunde auch für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Mit Beginn des nächsten Jahres wird der Vorbezug der AHV-Rente bereits ab 60 Jahren möglich. Im Landtag umstritten blieben bis zuletzt das Finanzierungsmodell und die Rentenkürzungssätze. Trotz interessanter Gegenanträge aus den Reihen der Opposition behielten gestern aber doch die Vorschläge der Regierung mit knapper Mehrheit die Oberhand.

Manfred Öhri

Auch wenn Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter gestern despektierlich von «politischer Trittbrettfahrerei» sprach: Den Stein richtig ins Rollen brachte der FBPL-Abgeordnete Klaus Wanger. Bereits zu Be-



Der FBPL-Abgeordnete Klaus Wanger (rechts) setzte sich beim Rentenvorbezug für attraktivere Kürzungssätze ein. Links Johannes Matt. (Bild: bak)

## Vorbezug der Altersrente

Aufgrund des gestiegenen Landtagsalters können Personen, welche die Mindestdauer für den Anspruch auf Altersrente erfüllen, mit Beginn des nächsten Jahres die Rente bereits ab dem 60. Altersjahr beziehen. Die vorbezogene Altersrente wird wie folgt gekürzt, wobei die Kürzung auch nach Erreichen des amtlichen Rentenalters gilt:

- bei Vorbezug ab dem 53. Altersjahr um 3 Prozent;
- bei Vorbezug ab dem 57. Altersjahr um 7 Prozent;
- bei Vorbezug ab dem 61. Altersjahr um 11,5 Prozent;
- bei Vorbezug ab dem 60. Altersjahr um 16,5 Prozent.

ginn der diesjährigen Sessionperiode forderte er in seiner Ansprache als Alterspräsident erneut und unmissverständlich attraktivere Frührentenentzugsmöglichkeiten und brachte diesbezüglich auch konkrete Vorstellungen ein.

### Rentenvorbezug ab 60

Die inzwischen von der Regierung eingebrachte und gestern vom Landtag schliesslich einhellig verabschiedete Vorlage lehnt sich eng an die damaligen Anregungen an. Danach wird ab nächstem Jahr ein Vorbezug der Altersrente bereits ab 60 Jahren möglich sein. Die Kürzungssätze liegen aber zwischen 3 und 5 Prozent pro Vorbezugsjahr (siehe auch Kasten). Wer die AHV-Rente ab dem 60.

Lebensjahr vorbezogen will, muss eine bleibende Rentenkürzung von 16,5 Prozent in Kauf nehmen. Anstelle einer ganzen Rente kann neu in Zukunft auch eine halbe Rente vorbezogen werden, um eine gleitende Pensionierung zu ermöglichen. VU-Fraktionssprecher Marco Ospelt stellte diesbezüglich allerdings klar, dass – zumindest statistisch gesehen – Bezüger von Ganzrenten besser gestellt seien als Halbrenten-Bezüger. Mit der entsprechenden Gesetzesbestimmung führe man daher nur «totes Recht» ein.

### Kürzungssätze bleiben

Bereits in der Juni-Sitzung sorgten die vorgeschlagenen Kürzungssätze für Diskussionsstoff. Gestern brachten der

FBPL-Abgeordnete Klaus Wanger und Adolf Ritter von der Freien Liste erneut zwei konkrete Anträge für eine grosszügigere Ausgestaltung der Kürzungssätze ein, die allerdings nicht die nötige Stimmenmehrheit erhielten, weil sich die VU-Fraktion geschlossen hinter ihre Regierung stellte. Der Antrag von Klaus Wanger lehnte sich an die ursprüngliche Vernehmlassungsvorlage an, die noch einen maximalen Kürzungssatz von 15 Prozent (bei Vorbezug ab dem 60. Altersjahr) enthielt. Noch weiter ging der Vorschlag von Adolf Ritter, der einen maximalen Kürzungssatz von 14 Prozent vorsah.

Demgegenüber bekräftigte Sozialminister Michael Ritter gestern neuerlich die Haltung

der Regierung, die keine unnötigen Risiken eingehen wolle und davon ausgehe, dass mit ihrem Modell die Möglichkeiten eines attraktiven Rentenvorbezugsmodells aus heutiger Sicht ausgeschöpft seien. Weitergehende Anträge seien derzeit nicht zu verantworten.

### Wer trägt Mehrkosten?

Die Regierung hielt zudem – dank knapper Zustimmung des Landtags letztlich auch erfolgreich – an ihrem Vorschlag fest, dass die Mehrkosten des Rentenvorbezugs je zu einem Drittel vom Staat, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern (durch eine Anhebung der AHV-Beitragsätze) getragen werden sollten. Eine mögliche Senkung der AHV-Beitragsätze auf die bisherige Höhe stünde dann wieder zur Diskussion, wenn an der bevorstehenden Abstimmung die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) eingeführt würde, denn nach der Intention der Regierung soll ein Grossteil der LSVA-Einnahmen die Verbesserung des Rentenvorbezugs mitfinanzieren. Diese Verknüpfung mit dem Ausgang der LSVA-Abstimmung hielt Marco Ospelt für «absolut unzulässig». Auch sein Fraktionskollege Rudolf Lampert wehrte sich gegen diese «Wahlpropaganda für die LSVA». Marco Ospelt plädierte dafür, dass der Staat für die gesamten Mehrkosten aufkommen solle, derweil Vizeregierungschef Michael versicherte, dass die Drittelslösung auch von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite mitgetragen werde. Wenn das zutrefte, so der FBPL-Abgeordnete Alois Beck, dann müsste man im Oktober bei der allfälligen Behandlung des LSVA-Gesetzes eigentlich nicht mehr über eine Senkung der AHV-Beitragsätze diskutieren.

## Splitter

«Ich erinnere daran, dass auch andere Projekte, die heute laufen und laufen wie die legendären Käfer, ursprünglich als Anstossfinanzierung bewilligt wurden.»

Alois Beck, FBPL, bei der Diskussion um den Cipra-Beitrag.

«Im Kulturbereich wird auch Entertainment finanziert.»

Paul Vogt, FL, zum gleichen Thema.

«Herr Regierungsrat Marxer, ich hoffe zuversichtlich, dass auch die jungen Wilden in der Regierung dazulernen können.»

Marco Ospelt, FBPL.

«Ich finde, dass die Privatisierung der Post AG die einzige Privatisierung ist, welche die Regierung durchgeführt hat, die auch funktioniert. Sie funktioniert aber nur dank dem Einsatz der Mitarbeitenden.»

Marco Ospelt, FBPL zum Geschäftsbericht der Post AG

«Ich erspare mir die Gratulation, weil ich nicht weiss, ob es ein Posten ist, für den man gratulieren kann.»

Landtagspräsident Peter Wolff zur Wahl von Helmut Konrad in die Polizei-PUK.

«Ich stelle keinen Antrag, weil ich dem Gesetz sowieso nicht zustimme.»

Rudolf Lampert (FBPL) in der Debatte zu den Wohnbeihilfen.



Hi Tango-Freunde

Das war ja eine Überraschung, dass so viele von Euch am Tango-Stand an der Lihga bei mir vorbeigekommen sind. Und da habt Ihr ja sicherlich mitbekommen, was Tango für ein tolles, neues Angebot vorgestellt hat. Es nennt sich Roam-In und bedeutet, dass Ihr für Gespräche, die Ihr im Ausland (Schweiz, Deutschland, Österreich) ausserhalb des Tango-Netztes empfangt, bei Tango im Gegensatz zu den anderen Telefongesellschaften nicht mehr mitzuzahlen habt. Und das für nur CHF 10.- monatlich. Wenn mich also in Zukunft meine Freundin aus Liechtenstein anruft und ich gerade meine Freundin in Lindau besuche, kostet mich das nichts mehr. Wer also öfter mal im Ausland unterwegs ist, profitiert sofort. Er kündigt Euch doch im Tango-Shop in Schaan oder im Tango-Corner in Eschen.

Ihr seht, Tango macht einfach mehr Spass.

Euer Alex

**TANGO**  
Tango-Shop, Lindenplatz, Schaan  
Tel. +423 235 08 77

## «Ausser Spesen nichts gewesen»

Geschäftsbericht der LBA löste Diskussionen aus

Einmal mehr musste sich Regierungsrat Norbert Marxer der Kritik der Privatisierungspraxis stellen. Im Rahmen der Debatte um den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung der LBA war von einem Fehlentscheid und massiven Mehrkosten die Rede.

Janine Köpfl

«Ausser Spesen nichts gewesen!» So kritisierte Rudolf Lampert (FBPL) den Regierungsentschluss, das Postautowesen in Liechtenstein zu privatisieren. Dieser Schritt habe keine grossen Vorteile mit sich gebracht. Im Gegenteil: «Die LBA verursacht massive Mehrkosten und die Ausschreibung hat nichts gebracht, ausser dass das Werkpersonal beunruhigt wurde.» Rudolf Lampert versicherte in seinen Ausführungen, dass die Privatisierung des Unternehmens ein Fehlentscheid gewesen sei. Nicht zur Diskussion stand hingegen die Arbeit der LBA, die als sehr gut und professionell beschrieben wurde.



Regierungsrat Norbert Marxer rechtfertigte den Einsatz von Erdgasbussen.

Der Geschäftsbericht 1999 zeigt, dass die Liechtenstein Bus Anstalt nichts dem Zufall überlässt. Mit laufenden und geplanten Projekten versucht das engagierte Team zukunftsorientiert zu handeln, um damit die ökonomischen und die ökologischen Umstrukturierungen zu meistern. «Da kommt einiges in Bewegung», erklärte Regie-

rungsrat Norbert Marxer und führte weiter aus, dass Dank dem «Liechtenstein Takt» mehr Leute die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen würden. Dennoch seien weitere Massnahmen nötig, um den Privatverkehr weiter auf den öffentlichen Verkehr überzuleiten.

### Sicherheitsfragen

Schon bald werden die liechtensteinischen Busse in der Farbe Lime und zum Teil mit einer Gasflasche auf dem Dach durchs Land kreuzen. «Der Einsatz von Erdgas betriebenen Bussen stösst nicht überall auf Verständnis», gab Ingrid Hassler-Gemer (VU) zu bedenken. Viele Fragen in punkto Sicherheit seien noch unbeantwortet. Regierungsrat Norbert Marxer versicherte, dass es sich hier um keine neue Bustechnologie handle, und dass die Sicherheitsanforderungen auch in Liechtenstein problemlos umsetzbar seien.

Der Landtag stimmte dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung 1999 der Liechtensteinischen Bus Anstalt (LBA) einhellig zu.

## Überzeugende Ziele

Lob für die Liechtensteinische Post AG

Dem ausserordentlichen Einsatz der Mitarbeiter der Post AG ist es gutzuschreiben, dass die «Privatisierung so glatt über die Bühne ging. Der Landtag hat den Geschäftsbericht 1999 der Liechtensteinischen Post AG gestern zur Kenntnis genommen.

Janine Köpfl

Die Kunden haben fast gar nichts vom grossen Wechsel in der Liechtensteiner Postgeschichte mitbekommen. Der seit 1920 bestehende Postvertrag mit der Schweiz wurde zwar aufgelöst, trotzdem blieben die unzähligen Briefe und Pakete in Bewegung. Die Liechtensteinische Post AG setzte von Anfang an alles daran, ihre gesteckten Ziele mit grossem Arbeitseinsatz zu erreichen. Im Geschäftsbericht 1999 überzeugt die Post AG als innovatives, flexibles und kundenfreundliches Unternehmen, das auf eigenen Füissen steht. Eine grosse Herausforderung sei jedoch, die Eigenwirtschaftlichkeit zu er-

halten, wie Werner Ospelt (FBPL) betonte. Er hofft, dass die junge Post AG so bald wie möglich mit positiven Zahlen abschliessen kann.

«Dies ist die einzige Privatisierung, die formal und organisatorisch funktioniert», meinte Marco Ospelt (FBPL), wies die Regierung aber trotzdem darauf hin, dass auch dieses Vorhaben schlecht vorbereitet und überstürzt durchgeführt worden sei. «Nur der grosse Einsatz der Mitarbeitenden vermochte die Situation aufzufangen.» Entwicklung des Personals durch gezielte Weiterbildung, Neuausrichtung der postalischen Dienstleistungen im Land, sowie Sicherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit – die Liechtensteinische Post AG setzt auch in Zukunft vielversprechende Schwerpunkte und versucht damit am Ball zu bleiben. Rudolf Lampert (FBPL) lobte ebenfalls die gute Arbeit der «Post AG-Crew» und sprach von einem professionellen Unternehmen.